



EMBASSY OF SWITZERLAND  
IN KENYA

an	MI NY	z/n
Datum	20.2.17	23.2
Von	1	9
Ref.	s. B. 37.66. Tanga	

*Schweizer Missionen*  
Cove & Schweizer

NAIROBI, den 13. Februar 1967

P. O. Box 20008 (CARGEN HOUSE)  
Tel. 20350

Ref. ·

V E R T R A U L I C H

*Kopie: s. C. 41. Tanga. 7310.*

Herrn Bundesrat W. S P U E H L E R  
Vorsteher des Eidg. politischen  
Departements  
B E R N

Herr Bundesrat,

Wie ich Ihnen bereits kurz mitteilte, habe ich mich nach Ankündigung der Banken-Nationalisierung in Tanzania entschlossen, nach Dar es Salaam zu fliegen, um Hintergründe und Auswirkungen dieser Massnahme in Erfahrung zu bringen.

Kurz nach meiner Ankunft am 9. Februar Morgens erhielt Geschäftsträger Luy vom Protokoll des Aussenministeriums die Mitteilung, dass Präsident Nyerere die Missionschefs am folgenden Tag zum Neujahrsempfang bitte, der bisher nicht hatte stattfinden können. So hatte ich Gelegenheit, als einziger auswärtiger Missionschef - zusammen mit Herrn Luy - der Veranstaltung beizuwohnen und nach Austausch der protokollarischen Ansprachen von Doyen und Präsident mit diesem unter vier Augen ein offenes Gespräch zu führen.

Ich sagte dem Präsidenten, dass die neuesten Vorgänge die Schweizer in Tanzania und all diejenigen, die sich um eine Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen bemühten, mit Sorge erfüllen. Ich hätte daher gerne gewusst, was die Regierung beabsichtige.

Nyerere antwortete, dass die Entwicklung des Landes einen Punkt erreicht habe, wo die Regierung Massnahmen ergreifen müsse, um der einseitigen Gewinnverteilung entgegenzuwirken. Dies habe nichts mit Xenophobie oder Rassismus zu tun. Es ginge ihm einzig und allein um soziale Gerechtigkeit. Auf meinen Einwand, ob da nicht andere Mittel geeigneter seien als Verstaatlichung, z.B. eine Steuerreform, antwortete Nyerere, die Regierung habe auch daran gedacht, sei aber zur Ueberzeugung gekommen, dass eine plan-gemässe Entwicklung nur gesichert werden könne, wenn der Staat

im Wirtschaftsleben ein direktes Mitspracherecht erhalte. Er wisse wohl, dass dem Land eine schwierige Zeit bevorstehe, aber er hoffe, dass die Freunde von Tanzania für die Bemühungen der Regierung Verständnis hätten und ihr nicht das Vertrauen entzögen. // Ich antwortete: "Mr. President, You are the only one to restore confidence". Und er: "I know, and I am going to do something within the next fortnight. But you must help us. Do come back soon."

Anschliessend sprach ich zusammen mit Herrn Luy bei Finanzminister Jamal vor, einem gebürtigen Inder, der schon vor der Unabhängigkeit Mitglied der Consultative Assembly war und sich dank seiner Fachkenntnisse und seines Verhandlungsgeschicks in Partei und Regierung halten konnte. Er gab uns folgende Schilderung der Lage:

→ // Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass die Kreditversorgung mit Hilfe von Privatbanken ungenügend ist und daher in der Hand des Staates konzentriert werden muss. Die Regierung ist sich bewusst, dass mit der Verstaatlichung der vom Ausland her geleiteten Banken Rückschläge eintreten können, und zwar sowohl vom Organisatorischen her als auch in Bezug auf das internationale Vertrauen. Die Leitungen der nationalisierten Banken haben sich aber bisher kooperativ verhalten, so dass das Auslandsgeschäft schon fast wieder normal ist. Es wird sich in der allernächsten Zeit zeigen, ob dieser Trend anhält und die Währung intakt bleibt. So hofft man, die Devisenrestriktionen, die zur Durchführung der Operation nötig waren, bald wieder aufheben zu können. // Es stimmt nicht, dass die in dieser Hinsicht gegenüber Kenya und Uganda ergriffenen Massnahmen das Ziel verfolgen, den Gemeinsamen Markt zu vereiteln. Tanzania hat aktiv an den Verhandlungen mit den beiden andern Ländern über ein neues Statut für die Gemeinsamen Dienste und den Gemeinsamen Markt teilgenommen und steht zu dem, was dort vereinbart wurde. Sollte allerdings die Wirtschaftsunion auseinander fallen, so würde sich Tanzania mit seinem natürlichen Reichtum und mit der Arbeitskraft seiner 10 Millionen Menschen stark genug fühlen, den weiteren Weg alleine zu gehen.

EALSD

Der Hinweis auf die Arbeitskraft der Bevölkerung veranlasste Jamal zu einer Bemerkung über Harry Oppenheimer, der in der Diamantenmine Williamson Diamonds Ltd. eine Minderheits-Partnerschaft mit der Regierung von Tanzania eingegangen ist. Oppenheimer sei zu Beginn skeptisch gewesen, weil seines Erachtens die Arbeitsleistung in einer vom Staat beherrschten Gesellschaft kaum 40% der europäischen erreiche. Nun sei Oppenheimer sehr überrascht, dass die erzielten Arbeitsergebnisse sogar 100% übertreffen. Damit sei bewiesen, dass die Partnerschaft ein Erfolg sei. Die Bemerkung ist deshalb interessant, weil Oppenheimer in seinem kürzlichen Zürcher Vortrag das Prinzip der Partnerschaft - allerdings im Zusammenhang Südafrika und dort wohl eher im politischen Bereich - als zukunftssträftig herausgestellt hat.

Ich sagte dann, nach den neuesten Verlautbarungen scheine die Nationalisierung nicht auf die Banken beschränkt zu bleiben und auf Industrie und Plantagen ausgedehnt zu werden. Ich möchte wissen, ob auch die schweizerischen Interessen, vor allem in der Sisal-Industrie und im Kaffee-Bau, in Mitleidenschaft gezogen würden.

Jamal sagte weder ja noch nein, sondern empfahl, dass die schweizerischen Interessenten mit der "National Development Corporation" (NDC) in Verbindung träten, um das Weitere abzuklären. Da die NDC bei Partnerschaften den Anteil des Staates vertritt, hat Jamal damit zu verstehen gegeben, dass auch bei den schweizerischen Betrieben eine Staatsbeteiligung beabsichtigt ist. Ich habe die beiden Hauptinteressenten, Herrn Ammann, Generaldirektor der "Amboni Estates" in Tanga, und Herrn Fleischmann, Hauptaktionär der "Burka Coffee Estate" in Arusha, hierüber telefonisch orientiert. Die Regierung hat inzwischen bestätigt, dass sie beabsichtigt, in der Sisal-Industrie eine beherrschende Beteiligung zu übernehmen. Einzelne Firmen wurden nicht genannt. Die Sisal Growers Association, deren Präsident Ammann ist, wird auf dem Laufenden gehalten.

Seither ist die Nationalisierungswelle weitergegangen. Versicherungsgesellschaften, Mühlenbetriebe, Brauereien, die British-American Tobacco Comp., die Bata Schuhfabrik, Import- und Export-

firmen, usw., insgesamt 31 Gesellschaften, wurden ganz oder teilweise verstaatlicht. In der neuen Zementfabrik in Wazo Hill, die weitgehend von der Cementia Holding in Zürich finanziert ist und vor einigen Tagen in Anwesenheit von Direktor Germann durch Präsident Nyerere eröffnet wurde, ist die 20%ige Staatsbeteiligung auf 50% erhöht worden. Es bleibt festzustellen, in welchem Umfang die Cementia Holding, deren Betriebe ursprünglich im austro-ungarischen Bereich lagen und die nach dem Zusammenbruch der Monarchie gegründet wurde, als schweizerisch beherrscht gilt. Auch wird zu prüfen sein, ob wir die Interessen der Commercial Bank of Africa zu vertreten haben. Sie ist eine Tochtergesellschaft der Société financière pour les Pays d'Outre-Mer, in Genf, die zu je 35% der Bank of America und der Banque Nationale de Paris und zu je 15% der Banque Lambert und der Commerzbank gehört, ohne dass national gesehen eine Mehrheitsbeteiligung besteht. Ich werde darüber gesondert berichten.

Ueber die Gesamtlage in Tanzania orientiert mein Politischer Bericht heutigen Datums.

Mit gleicher Post orientiere ich auch den Chef des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER:

*H. J. Jey.*

*ne semble pas être "directeur"  
jusqu'aux Secklearbeiten de la  
div.*

*Photocopie envoyée le 18.3. à M. Fankhauser*

*Wier*

*Div. Com. H*

S. B. 34.66. Tanz. o.

M. Gelsner ~~JK~~

P.B. Nr. 2.

Je soussigné, ce rapport à l'attention  
personnel et confidentiel au Dr. Albert Selim, Nairobi, den 7. März 1967.

des Ailani Eshabas que nous venons mardi  
prochain. Die letzten Entwicklungen in Ostafrika

Photocopie transmise  
à la div. du Commerce  
18.3.67 JC

1. TANZANIA.

Seit der Nationalisierungswelle in der ersten Februarhälfte ist es in Tanzania ruhiger geworden. Die neue staatliche Handelsbank, die "National Bank of Commerce", die unter der Leitung des dänischen Bankfachmannes Konradsen steht, hat sich organisiert und den Zahlungsverkehr mit dem Ausland aufgenommen. Die "National Development Corporation", die den Staatsanteil in den nationalisierten Industrie- und Handelsunternehmen vertritt, steht in Unterhandlungen mit den ausländischen Partnern über die weitere Geschäftsführung und die Entschädigungsleistung. Präsident Nyerere hat öffentlich erklärt, dass keine weiteren Nationalisierungen folgen sollen und eine Phase der Konsolidierung eintreten müsse. Er hat der Weiterführung der Verhandlungen über die "Common Services" und den "Common Market" Ostafrikas zugestimmt. Nächste Woche treten die Gouverneure der drei Zentralbanken in Nairobi zusammen, um die neue Lage zu besprechen. Man hofft, dass gestützt hierauf die Devisenrestriktionen Tanzania's gegenüber Kenya und Uganda abgeschafft werden können.

Trotzdem bleibt die Geschäftswelt abwartend und skeptisch. Die grossen englischen Banken "Standard Bank", "Barklays Bank" und "National and Grindlays Bank" haben sich an einer Konferenz in London auf einen harten Kurs geeinigt und wollen ihr Personal abziehen. Sie halten dies für nötig, um ein Uebergreifen des Verstaatlichungskurses auf andere Länder ihres Einflussgebietes zu verhindern. Auch kommt hier der Unmut zum Ausdruck, dass sich die Massnahmen Nyerere's vor allem gegen britische Interessen richteten. Es wird sich erst in einiger Zeit zeigen, ob es bei dieser Haltung bleibt oder ob der Wunsch, im Geschäft zu bleiben, nicht zu einem Einlenken zwingt. Massgebend hierfür wird der weitere Geschäftsgang in

Tanzania und insbesondere auch das eventuelle Interesse nicht-britischer Investoren sein.

Die schweizerischen Gesellschaften sind bisher verschont geblieben. Die Kaffee-Plantagen sollen nicht auf der Nationalisierungsliste stehen, und die Sisal-Plantage "Amboni Estate" ist von der Liste gestrichen worden.

## 2. KENYA.

Anlässlich der Eröffnungssitzung des neuen vereinigten Parlaments am 15. Februar hat Präsident Kenyatta eine Regierungserklärung abgegeben. Im Zentrum seiner Ausführungen standen die Anstrengungen für die Wirtschaftsentwicklung, vor allem auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Er konnte auf bemerkenswerte Erfolge hinweisen und verteilte Lob und Tadel. Man gewann den Eindruck, dass die Regierung auf festem Boden steht, ihre Möglichkeiten realistisch einschätzt und dem Volk die harten Wahrheiten nicht verschweigt. Die Führerschaft von Regierung und Partei wirken überzeugend.

Sehr entschieden klangen die Worte über die andauernden Inkursionen aus Somalia, wo die Regierung keine Mittel scheut, um des Guerilla-Kampfes Herr zu werden. In Rhodesien brandmarkte er das immer extremer werdende Polizei-Regime, das nicht nur die um ihre Rechte kämpfenden Schwarzen, sondern auch die Weisse Opposition unbarmherzig verfolge. Daneben klangen die Ausführungen über Angola, Mozambique und Südafrika - in dieser Reihenfolge - eher milde. Die Regierung verfolge den zunehmenden Extremismus in Südafrika mit Sorge, "but let these last apostles of Apartheid remember that no one in history has prevailed for long against the determined demand of the human spirit for freedom and justice".

Ueber die Vorgänge in Tanzania sagte Kenyatta nichts. Er bemerkte bloss, die Verhandlungen über die Schaffung eines ostafrikanischen Gemeinsamen Marktes verliefen hoffnungsvoll, und er blicke zuversichtlich dem baldigen Abschluss dieser Verhandlungen entgegen, die ganz Ostafrika immensen Gewinn bringen würden.

Seither haben sich einige Minister zur Nationalisierungsfrage vernehmen lassen. Sie verwiesen auf das "Sessional Paper No. 10", worin seinerzeit die Grundsätze für einen "African Socialism" festgelegt worden sind, der Nationalisierungen im Interesse der Entwicklung des Landes nicht ausschliesst, sie aber betont nicht-marxistisch - unter Rücksichtnahme auf die Interessen der Kapitalgeber durchgeführt sehen will. Es ist offensichtlich, dass die Nationalisierungen in Tanzania innerhalb der KANU, der Regierungspartei, eine gewisse Unruhe ausgelöst haben, besonders unter den radikaleren Elementen, die sich zwar der KPU, der Oppositionspartei von Oginga Odinga, nicht angeschlossen haben, aber doch der Meinung sind, dass man energischere Massnahmen zur Behebung des sozialen Ungleichgewichts treffen müsse. Odinga hat natürlich triumphierend auf die Vorgänge in Tanzania hingewiesen.

Wenn die Sache dort gut abläuft, die Währung gehalten werden kann und das internationale Vertrauen sich wieder einstellt, ist damit zu rechnen, dass auch hier die Nationalisierungsfrage in neuem Licht beurteilt wird. Man wird aber eher die Vorbereitungen für eine Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft und anderer öffentlicher Betriebe beschleunigen. Ein eigentlicher Schlag gegen das Privatkapital wie in Tanzania ist unter der heutigen Regierung nicht zu erwarten.

### 3. UGANDA.

Dort mehren sich die Anzeichen, dass sich der Machtkampf zwischen Präsident Obote und dem Kabaka Mutesa II, einerseits, und zwischen jenem und dem Befehlshaber der Armee, Amin, andererseits, verschärft hat. Neuerdings wurden Strassensperren errichtet und englische Reisende belästigt. Die Britische Regierung hat ihren Hochkommissar Hunt zur Berichterstattung zurückgerufen. Obote seinerseits hat behauptet, in Nairobi und andernorts sei ein südafrikanisch-rhodesisches Komplott gegen ihn im Gange.

- 4 -

Die Dinge sind sehr undurchsichtig und eine präzise Beurteilung daher schwierig. Wahrscheinlich hat der gewiegte Taktiker Obote seit der Flucht des Kabaka versucht, den für den Bestand seines Landes nötigen Frieden zwischen dem reichen Buganda und den armen Nordprovinzen, deren Sohn er ist, allmählich wiederherzustellen. Er stützte sich hierbei auf die vorwiegend aus dem Norden rekrutierte Armee. Doch bald schon ergaben sich Differenzen mit deren Chef Amin. Die eine Version ist die, dass dieser Obote's Avancen gegenüber Buganda nicht schätzte, und die andere - dieser entgegenlaufende -, dass Amin Verbindung zum Kabaka aufgenommen habe, um mit diesem zusammen Obote zu stürzen. Vorläufig sitzt aber Obote fest im Sattel, und es dürfte keinem leicht fallen, ihn zu beseitigen, umso mehr als er über eine schlagkräftige "Privatarmee", die Special Force der Polizei verfügt.

Es steht ausser Zweifel, dass der Kabaka seine traditionell fundierten Freundschaften in England benutzt, um den politischen Kampf gegen Obote fortzusetzen. Er dürfte hierbei auch Sukkurs aus der Geschäftswelt erhalten, die naturgemäss konservativ eingestellt - auf seine Seite neigt, da sie von einem in englischen Colleges erzogenen afrikanischen König weniger zu befürchten glaubt als von einem Volksführer wie Obote. Diese gleichen Leute haben auch Sympathien für Rhodesien und bringen viel Verständnis für Südafrika auf, immer mit dem Blickpunkt auf ihre eigenen Interessen. Die afrikanischen Politiker dagegen müssen danach trachten, die Forderungen ihrer Völker nach grösserem Anteil an der Entwicklung zu erfüllen. So wirkt die grundsätzlichschiedene Interessenlage dieser beiden Lager - wie in den meisten unterentwickelten Ländern - auch in Uganda's politischem Leben, und zwar zusätzlich zu stammesmässigen, religiösen und rassistischen Differenzen. Die Geschäftswelt tut gut daran, sich dessen bewusst zu werden und Reserve aufzuerlegen, wenn um sich greifender Radikalismus vermieden werden soll.

H. Frey